

Die Beratung des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen.

Ueber den Verlauf der gestrigen Beratungen des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen im Rathhaus berichtet die Korrespondenz „Politische Tagesblätter“ noch ergänzend: In der Nachmittags Sitzung ergriff als erster Redner Abgeordneter Dr. Steinwender das Wort und brachte eine Zusammenstellung der Kriegsschulden, wie sie sich aus den Berichten der Staatsschuldenkontrollkommission ergeben, und berechnete die für den Zinsendienst der Kriegsschulden notwendigen Beträge. Hierauf ging er im einzelnen auf die während des Krieges verfügbaren Steuererhöhungen und neuen Steuern ein und unterzog diese Steuermaßnahmen einer eingehenden Kritik, wobei er insbesondere hervorhob,

daß die erhöhte Lantiensteuer erst ab 1917 zur Einhebung kommen soll. Der Redner führte aus, daß mit dieser Steuer das Auslangen nicht werde gefunden werden können und untersuchte, auf welche Art die Staatseinnahmen erhöht werden könnten. Selbstverständlich dürfe auf gar keinen Fall eine Schädigung der Staatsgläubiger eintreten. Das Zuschlagssystem biete weder genügend hohe Beträge, noch könne es auf die Dauer beibehalten werden, weil es keine Gewähr für eine geordnete Besteuerung biete. Auch von einer Deckung durch Ersparungen könne vorläufig keine Rede sein. Ebenfalls dürfe man die Lebenshaltung herabdrückende Steuern wählen. Demnach sei er nicht für die Schaffung weiterer Monopole. Er wünschte vielmehr die sofortige Umgestaltung der Kriegsgewinnsteuer, insbesondere darum, weil durch diese Steuer derzeit vor allem andere die Aktiengesellschaften und unter ihnen die Großbanken am wenigsten getroffen werden.

Redner tritt für eine entsprechende Vermögensabgabe ein und glaubt, daß durch eine Reihe kleinerer Steuern schon jetzt vorbehaltlich einer endgültigen Regelung erhebliche Erträge geschaffen werden könnten. Unter anderem empfiehlt er eine Rentabilitätssteuer, eine Börsenlotterungsgebühr, die kräftige Erhöhung der Börsensteuer, der Erbsteuer und aller Gebühren. Er verlangt weiter die Inbetriebsetzung der nicht explodierten Rufe durch den Staat, da der Bergwerksbesitz der Privaten und der Gesellschaften nicht zweckentsprechend ausgenützt werde, was namentlich die hohen Preise der Kohle bedinge. Unter allen Umständen müsse jedoch die Tätigkeit der Banken eingeschränkt werden, da diese den Vorschussklassen und Sparkassen die Mittel entziehen, die dann nicht dem Kreditbedürfnisse der Bevölkerung zugutekommen, sondern den eigenen Unternehmungen der Banken zugeführt werden. Man müsse auch für eine Erhaltung der nichtgesellschaftlichen Betriebe auch mittleren und größeren Umfangs bei der Neuanlage der Steuern Sorge tragen. Dann werde sich auch ein entsprechender Abbau bei den Preisen der wichtigsten Konsumartikel zeigen. Da der Finanzminister erklärt habe, er wolle radikal vorgehen, könne er auf die Zustimmung des Redners rechnen.

An Stelle des Abg. Dr. Fintl ergreift sodann Abg. Dr. Mataja das Wort, der in einer Polemik mit Dr. Steinwender erklärt, man müsse das Schwergewicht nicht allein auf die staatsfinanziellen Fragen verlegen, sondern der volkswirtschaftlichen Entwicklung nach dem Krieg das größte Augenmerk zuwenden. Redner warnt vor der Gefahr einer ungesunden Hochkonjunktur nach dem Krieg und ebenso vor einer Schwundepoche, wie man sie Anfang der siebziger Jahre erlebt hat. Eine gesunde Produktionspolitik sei notwendig, damit der Staat sich auch Steuerobjekte selbst schaffe. Redner verlangt eine entsprechende Einschränkung der Kriegsgewinne durch geeignete Steuermaßnahmen und auch, daß die Besteuerung bei den Erzeugern von Kohle, Eisen, Zucker und Petroleum nicht haltmache. Er tritt dafür ein, daß der Abbau der Preissteigerung, unter der die Festbesoldeten am schwersten zu leiden haben, durch staatliche Eingriffe geregelt werde. Der Stand unserer Valuta wäre zu bessern durch die Umschaltung der Einfuhr von Luxusartikeln und durch die Ersetzung unserer Produktionspolitik auf das Ausland, um ausländisches Kapital zur Anlage im Inland zu zwingen.

Abg. Dr. Urban führt in einer großangelegten Rede aus, daß der Krieg eigentlich kein Wertzerstörer sei, da das Volkvermögen während des Krieges gewachsen sei. Auch dieser Redner berechnet die voraussichtlichen Kriegskosten, kommt aber zu wesentlich höheren Biffern als Doktor Steinwender. Hierauf wendet sich Abg. Dr. Urban der Frage der Zinsendeckung zu und entwirft ein Bild der Volkswirtschaft nach allfälliger Durchführung der Demobilisierung.

Abg. Dr. Bodirsky begründet eine Resolution, in der jene Maßregeln verlangt werden, die zur vollen Deckung des Zinsenerfordernisses für die Kriegsschulden notwendig sind. Namentlich wird die Heranziehung der besonders Leistungsfähigen sowie die Erlassung entsprechend scharfer Kontroll- und Strafbestimmungen verlangt. Dr. Bodirsky bespricht sodann die Notwendigkeit eines wohlorganisierten Finanzplanes nach dem Kriege, der sozialpolitischen Rücksichten Rechnung tragen müßte und den Abbau der Teuerung nicht hindern dürfe. Redner verlangt Maßregeln zur Verhinderung der Auffangung des Mittelstandes und der selbständigen Unternehmungen durch das Finanzkapital. Gleichzeitig fordert er die schärfste

Bekämpfung der mit der Herrschaft des Finanzkapitals gesteigerten Korruption auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Abg. Dr. Freiherr v. Fuchs ergänzt die Ausführungen seiner Vorredner unter Wiebergabe eines reichen statistischen Materials. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß nur durch die Einführung zahlreicher Monopole die notwendigen Geldmittel nach dem Kriege zu beschaffen sein werden. Als Monopolsgegenstände nennt er Branntwein, Kohle, Getreide, Petroleum, Stickstoff, Papier und das Versicherungswesen. In Deutschland rechnet man auch mit einer Vermögenssteuer bis zu 25 Prozent. Auch in Oesterreich werde eine Kapitalssteuer gewiß nicht zu umgehen sein.

Abg. Professor Waldner stellt einen Resolutionsantrag, der dahin abzielt, daß ehestens auf gesetzlichem Wege die Entschädigung der durch die Kriegshandlungen Geschädigten aus staatlichen Mitteln durchgeführt werde.

Abg. Hummer führt aus: Kriegsschulden und Kriegsausgaben dürfen nicht miteinander verwechselt werden. Die Ausführungen Dr. Steinwenders fußen lediglich auf den Berichten der Staatsschuldenkontrollkommission und geben daher kein vollkommen klares Bild. Die Kriegsausgaben werden nicht allein durch den Aufwand der Seeresverwaltung bedingt, sondern erstrecken sich auch auf Leistungen des Staates, die durch die Kriegführung hervorgerufen werden. Man müsse die Kriegsausgaben bis zu einem voranschichtlich möglichen Ende des Krieges berechnen, die Demobilisierungskosten veranschlagen und auch die für die Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung notwendigen Beträge in Rechnung stellen. Redner gibt sodann von Halbjahr zu Halbjahr eine detaillierte Aufstellung des gesamten Erfordernisses und stellt fest, daß seine Berechnungen mit denen des Abgeordneten Dr. Urban ziemlich übereinstimmen, obwohl Abgeordneter Dr. Urban im allgemeinen zu niedrigeren Ziffern gelangt, weil er eben mit einer kürzeren Demobilisierungsfrist rechnet und für die Invalidenversorgung einen niedrigeren Beitrag einsetzt sowie die Retabilisierungskosten nicht ins Kalkül zieht. Redner erklärt, daß es nicht angehe, die Kriegsschulden für ewige Zeiten weiterzuschleppen, weshalb im Finanzplan auch für eine angemessene Amortisation gesorgt werden müsse. Unerlässlich scheine es ihm, einen Teil der Kriegskosten auf die dem Feinde abgenommenen Gebiete zu überwälzen. Er bespricht sodann die durch die Errichtung eines selbständigen polnischen Staates geschaffene Lage und kommt zu dem Ergebnis, daß Monopole nicht zu umgehen sein werden. Nicht durch kleine vogatorische Steuern, sondern durch eine Maßregel, die alle treffe, sei ein Teil der Zinsendeckung herbeizuführen. Ein weiterer Teil sei durch eine einmalige Vermögensabgabe zu beschaffen, deren Betrag mit zirka 15 Milliarden zu veranschlagen wäre. Erst der Rest des Erfordernisses wäre auf die bereits erhöhten Steuern zu verweisen. Inbegriffen sei auch eine entsprechende Amortisationsquote.

Abg. Abrecht stellt einen Resolutionsantrag betreffend das Krankenversicherungsgesetz. (Angenommen.)

Zum Schluß stellte Abg. Dr. Groß als Vorsitzender fest, daß volle Uebereinstimmung hinsichtlich der Ernährungs- und Finanzfragen herrsche. Die Versammlung sei zwar erhebend verlaufen, ihre Stimme kann und dürfe nicht ungehört verhallen, sei jedoch kein Ersatz für die schmerzlich entbehrte Volksvertretung. Er beantragt die Einsetzung eines achtgliedrigen Ausschusses als ständige Einrichtung zur Vertretung der gemeinsamen Forderungen, unter denen er insbesondere das Bündnis mit dem Deutschen Reiche, die deutsche Staatsprache und die Sonderstellung Galiziens bei gleichzeitiger Beschränkung der galizischen Vertreter auf die noch gemeinsam bleibenden Angelegenheiten hervorhebt.

Mit Dankesmworten an Dr. Weiskirchner als Hausherrn schließt Vorsitzender Dr. Groß die Versammlung nach 6 Uhr abends.